

# Utopie oder Möglichkeiten?



## Schlussfolgerungen und Resümee<sup>1</sup>

Verfasser:

Fred Nothdurft

April 2024

---

<sup>1</sup> Die Schlussfolgerungen und das Resümee wurden entsprechend meinen persönlichen Präferenzen und Auffassungslagen vorgenommen und entsprechen meiner Auffassung einer gerechteren Gesellschaft, sind jedoch nicht als abschließend zu betrachten.

## Einleitung

Fragen der Gerechtigkeit haben mich schon seit frühester Jugend interessiert. In den letzten Jahren hat sich mein Bauchgefühl dahingehend verstärkt, dass das, was mir täglich über die Medien vorgesetzt wird, so nicht immer richtig sein muss. Letztlich stellt sich immer die Frage, ob ein „gesunder Menschenverstand“ das, was gelesen, gehört oder gesehen wird als richtig oder falsch einordnen kann.

Auf der Suche nach objektiven Informationsquellen stieß ich auf eine Webseite und fand die Nachdenkseiten ([www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)). Die dort veröffentlichten Beiträge und insbesondere die jährlichen Ausgaben „Das kritische Jahrbuch“ zeigten mir, dass es eine andere und vielfältigere Welt unterschiedlichster Beurteilungen im Gegensatz zu den üblicherweise konsumierten Medien gibt. Diese Webseite ermunterte mich, Bücher unterschiedlichster Arten und mit unterschiedlichsten Inhalten zu lesen. Besonders erwähnenswert und prägend sind für mich die Verfasser Heiner Flassbeck, Thomas Piketty und insbesondere Stephan Schulmeister. Neu hinzugekommen ist die Website <https://globalbridge.ch/>.

- 1 Maßnahmen einer positiven Diskriminierung<sup>2</sup> sind in der EU noch bislang unüblich, könnten bei entsprechender rechtlicher Ausgestaltung jedoch zu einem Abbau bisheriger Vorurteile sowie rechtlicher Nachteile führen. Übertragbar wäre das Moment dieser positiven Diskriminierung auf die Bereiche“ Beschäftigung und Bezahlung von Frauen, Ungelernten und Migranten“.
- 2 Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes kann weder aus wissenschaftlicher noch aus volkswirtschaftlicher Sicht zurückgewiesen werden. Vielmehr deuten historische Auswertungen eindeutig darauf hin, dass sie einen wesentlichen Beitrag zur Modernisierung und Sozialisierung einer Gesellschaft leisten können,
- 3 denn werden die Reichen entlastet, führt dies tendenziell immer zur Erhöhung der Ungleichheit.
- 4 Um Ungleichheit zu reduzieren können verschiedene Wege gewählt werden. Einer wäre zum Beispiel die Form einer progressiven Steuer auf Eigentum, welche in Form von Finanzbeträgen an junge, finanziell Bedürftige Menschen ausgereicht werden.
- 5 Um das staatliche Nettokapital zu erhöhen ist unbedingt eine Abkehr von der sogenannten Privatisierung oder den Formen öffentlich - privater Partnerschaften vorzunehmen und sind Steuermittel in sogenannte Re-Privatisierungen einzubringen.
- 6 Die Intransparenz wirtschaftlicher und finanzieller Verbindungen einschließlich der Vermögen muss zügig durch Einsatz bzw. Aufbau geeigneter digitaler Hilfsmittel (offizielle Vermögensverzeichnisse) abgebaut werden. Letztlich geht es darum, über politisch legitimierte Entscheidungen der bisherigen Intransparenz entgegenzutreten, auch wenn anschließende Umverteilungsdiskussionen gegenüber den Eigentümern notwendig werden würden.
- 7 Diese Intransparenz muss des Weiteren durch Aufbau entsprechender Datenlagen, zwingend über den Nationalstaat hinaus, sichtbar gemacht werden. Nur so können nationale, wie auch übernationale Verfassungsorgane Ungleichheit abbauen helfen und kann der Entwicklung der letzten Jahrzehnte begegnet werden.
- 8 Die Debatten über Gerechtigkeit und das richtige Wirtschaftsmodell und damit die Frage des Eigentums und der Ungleichheit müssen angestoßen und öffentlich forciert werden, zum Beispiel durch unvoreingenommene Publikationen in den Medien sowie empirische Untersuchungen durch die Wissenschaft.
- 9 Die bestehende Einstimmigkeitsregelung innerhalb der EU ist durch eine Mehrheitenregelung abzulösen. Sind entsprechende EU- Vertragsänderungen nicht möglich, sollte das Modell einer parallelen PEU<sup>3</sup> der Willigen realisiert werden.
- 10 Alle bilateralen, wie auch internationalen Verträge sind im Hinblick auf ihre soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit den Vertragspartnern gegenüber (Verbot wirtschaftlicher

---

<sup>2</sup> Positive Diskriminierung, d.h. üblicherweise diskriminierend behandelte Personengruppen werden spezifisch im Vergleich zu nicht diskriminierten Personengruppen bevorzugt behandelt

<sup>3</sup> Parlamentarische Europäische Union gebildet durch teilnehmende Staaten im Gegensatz zu den Mitgliedstaaten der bisherigen EU

Knebelung) zu überprüfen und gegebenenfalls zu kündigen (Schiedsgerichte außerhalb normaler Gerichtsbarkeiten sind zu verbieten).

- 11 Keine der in Europa aktiven Parteien haben sich bislang auf eine gemeinsame Steuer auf Gewinne großer Unternehmen einigen können, obwohl die negativen Folgen dieser ungerechtfertigten, niedrigen Besteuerung allgemein bekannt sind. Nicht vergessen werden darf, dass Veränderungen immer im Rahmen von gesellschaftlich-politischen Diskussionen und Reaktionen (meist in Folgewirkungen zu Krisen) vollzogen werden und diese in sehr kurzen Zeiträumen stattfinden können. Das Denken, das bisherige rechtlich gewährleistete Eigentumssystem wäre sakrosankt unterliegt demnach einem Irrtum.
- 12 Ohne eine starke Erhöhung der progressiven Steuer auf hohe Einkommen und Vermögen kann der Kampf gegen die Klimaerwärmung weder aufgenommen noch durchgeführt werden.
- 13 Eine europäische Transferunion ist überfällig, müsste ggf. aber durchaus auch außerhalb bisheriger EU-Normen im Rahmen gesonderter vertraglicher Regelungen der sogenannten Willigen (PEU) umgesetzt werden.
- 14 Wir brauchen neue Regeln, die finanzieller Transparenz, Fiskalkooperation und einer transnationalen Demokratie verpflichtet sind.

- 1 das Prinzip des Nichteingreifens in den Markt bzw. in die Märkte ist aufzugeben
- 2 die Volkswirtschaftslehre ist an die Empirie anzupassen und die Einflussmöglichkeiten privatwirtschaftlich organisierter Institutionen auf z.B. Lehrinhalte sind zurückzuführen
- 3 der Verlagerung des Profitstrebens von der Real- zur Finanzwirtschaft ist durch Gewinnabschöpfung bei den Finanzanlagen zu begegnen (zum Beispiel durch eine erhöhte Kapitalertragsteuer, während im Gegensatz dazu, Investitionen in die Realwirtschaft steuerlich niedriger bewertet werden dürfen)
- 4 der sogenannte Hochfrequenzhandel muss verboten und eine Finanztransaktionssteuer auf nationaler wie auch übernationaler Ebene ist einzuführen
- 5 über die Einführung einer sogenannten Maschinensteuerung ist nachzudenken. Die hieraus gewonnenen Steuermittel sind im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik individuell und sozialverträglich einzusetzen
- 6 Leistungen der Daseinsvorsorge, einschließlich der Altersvorsorge, sind in die alleinige Zuständigkeit des Staates zu übertragen und vorgenommene Privatisierungen wieder zurückzuführen
- 7 Umsetzung der vom Verfasser“ Stephan Schulmeister“ konkret vorgetragenen Einzelpunkte, wie zum Beispiel:
  - 7.a Aufbau eigener Netzwerke und Suchmaschinen im europäischen Raum
  - 7.b Gründung eines europäischen Währungsfonds
  - 7.c Umweltbedingungen verbessern und Aufwendungen für die Umwelt als Wachstumsmotor für Unternehmen und Arbeitnehmer verstehen
  - 7.d Schaffung erschwinglichen Wohnraums
  - 7.e soziale Mindestsicherung in der EU
  - 7.f Realisierung europaweiter Kontrollmöglichkeiten aller Finanzprodukte einschließlich der Einkommen und Vermögen.

## Christian Kreiß und Heinz Siebenbrock

### Blenden, Wuchern, Lamentieren

### Wie die Betriebswirtschaftslehre zur Verrohung der Gesellschaft beiträgt

#### Schlussfolgerungen:

- Gewinnmaximierung ist oberstes Ziel aller börsennotierten Unternehmen und findet immer mehr Eingang auch in die Geschäftswelt sogenannter kleiner bzw. mittelständischer Unternehmen. D.h., eine Begrenzung auf börsennotierte Unternehmen sehe ich hier nicht, sondern das gesamte Wirtschaftsleben ist von dieser Maxime durchsetzt.
- Durch die Abhängigkeit der Medien, u.a. infolge der Werbeeinnahmen, von Unternehmen ist grundsätzlich niemals von einer vollständigen Information und einer echten Transparenz übermittelter Informationen auszugehen.
- Werbebotschaften im Sinne von Greenwashing sind selten mit Wahrheitsgehalt hinterlegt.
- Wie sich durch bedingungslosen Grundeinkommen ökologisch vertretbare Arbeitsplätze entstehen sollen, erschließt sich mir nicht. Unabhängig von den unabsehbaren Folgen, die eine solche drastische Umorganisation staatlicher Institutionen mit sich bringen würde, steht entgegen, dass kaum eingeschätzt werden kann, in welchem Umfang die Bürger und Bürgerinnen aufgrund der dann nicht mehr gegebenen Anreize noch einer und vor allem welcher Erwerbstätigkeit nachgehen würden. Darüber hinaus bedeutet das bedingungslose Grundeinkommen eine hohe Abhängigkeit von der jeweiligen wirtschaftlichen Situation des Staates, die allein von Deutschland aus nicht beeinflussbar ist. Zu guter Letzt ist bislang unklar in welcher Höhe ein solches Grundeinkommen ausgereicht werden soll und ob es ein echtes bedarfsgerechtes Grundeinkommen bedeuten würde, monatlich 1000 € oder mehr als monatlich 2000 €.
- Die von den beiden Verfassern unterbreiteten konkrete Gesetzesvorschläge sollten alsbald umgesetzt werden (Abzugsfähigkeit von Werbeaufwand verbieten, Einführung einer Lohnobergrenze, Bannmeile um den Bundestag, Verbot von Unternehmensspenden an Parteien, Erhöhung der Erbschaftssteuer, zeitgemäße Unternehmenssteuern und Reduktion der Arbeitszeit).
- Umschreibung der Ökonomie-Lehrbücher und Umstellung der Forschung und Lehre, weg von theoretischen Modellen hin zu einer Ausrichtung an empirischen Ergebnissen. Dies gilt umso mehr, als die „Marktwirtschaft“ nichts anderes als eine Kapitalwirtschaft ist. Bereiche der sozialen Versorgung, wie Gesundheit, Energie Verkehr und dergleichen, sind bislang nur dann interessant, wenn sie auch ökonomisch von Bedeutung sind. Es wird weder zwischen Versorgungswirtschaft und übriger Realwirtschaft unterschieden. Solange die vorherrschende Standardökonomik in ihrem Käfig aus Marktidealisation und Staatskepsis, orientiert an theoretischen Modellen gefangen bleibt, ist sie nicht in der Lage, das Notwendige jenseits verengter Kosten-Nutzen-Rationalität zu denken und neue Wege zu beschreiten.

## Der Preis des Profits

Von Joseph Stieglitz, 1. Aufl. 2019

### Schlussfolgerungen:

- Aufgrund öffentlich finanzierter Grundlagenforschung muss bei späterer Produktrealisierung durch die Privatwirtschaft der öffentlich generierte Mehrwert durch Abgaben, zum Beispiel Produktsteuern, wieder abverlangt werden.
- Der Marktbeherrschung durch Unternehmen muss auf politischer Ebene, zum Beispiel durch ein transparentes Lobbyregister begegnet werden.
- Der Verhandlungsmacht der Konzerne ist durch entsprechende gesetzliche Regularien, zum Beispiel verpflichtende Haftungsregelungen zu begegnen (Folgeschäden werden zwingend dem in Verkehr bringenden Unternehmen zugerechnet).
- Es ist ein internationales, mindestens jedoch auf EU-Ebene geltendes Unternehmenssteuerrecht, zum Beispiel in Form von Mindeststeuersätzen, einschließlich ihrer Besteuerung auf Entstehungsebene einzuführen.
- Die Mindestlöhne sind ohne Beteiligung der Arbeitgeberverbände und vielmehr entsprechend der nationalen Wirtschaftskraft festzusetzen.
- Nicht der Endkunde hat einer Speicherung seiner Daten zuzustimmen, sondern jede Datenspeicherung wäre zu verbieten, soweit der Endnutzer dem nicht zuvor ausdrücklich zugestimmt hat.
- Jegliche Privatisierung oder öffentlich-private Partnerschaften in Bereichen der sogenannten Daseinsvorsorge sind rechtlich zu verbieten bzw. Re-Privatisierungen sind vorzunehmen.

## New Dark Age

James Bridle, 2020 1. Auflage

### Schlussfolgerungen

- Die Digitalisierung zementiert aufgrund ihrer Intransparenz und Komplexität die Ungleichheit
- Digitale Berechnungsergebnisse werden gegenüber menschlichen Entscheidungsergebnissen vorgezogen
- Das Grundhandeln im Sinne einer Profitmaximierung wird durch den Einsatz digitaler Medien erheblich verstärkt
- Algorithmen können genauso vorurteilsbehaftet sein wie deren Programmierer
- Die schiere Masse an Informationen erlaubt Entscheidungsträgern Verantwortung auf die Maschine abzuschieben bzw. unliebsame Informationen der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Andererseits kann sie als Plattform für Verschwörungstheorien und Fundamentalismus missbraucht werden.

## Resümee

### Einkommen und Vermögen

Die Zunahme der Ungleichheit hat sich im Lauf der letzten 30 Jahre stark verfestigt und ausgeweitet. Diesem Umstand muss u.a. durch eine gerechtere Einkommens- und Vermögensbesteuerung begegnet werden. Die in der Literatur beschriebene Meinung, dass auch die ärmeren Bevölkerungsschichten von einem solchen Vermögens- und Einkommenszuwachs der bessergestellten Bevölkerungsschicht profitieren, hat sich nicht bewahrheitet. Nicht nachvollziehbar ist deshalb, weshalb dieses Argument nach wie vor in den Medien und als Argumentationshilfe gegen die Wirkung ausgleichender Steuererhöhungen vorgetragen wird. Und dies, obwohl vielfältige empirische Studien klar aufgezeigt haben, dass ein Reichtumszuwachs immer zu Lasten der weniger Wohlhabenden stattfindet.

Um allerdings Einkommen und Vermögen überhaupt beurteilen zu können, müssen staatliche Institutionen in der Lage sein, die echten Einkommens- und Vermögenswerte zu kennen. Solange hierzu keine Daten erhoben und ausgewertet werden, können unvoreingenommene Diskussionen über den richtigen Weg einer entsprechenden Besteuerung nicht angestoßen werden.

Warum die Politik bislang keinen Weg gefunden hat, diese ungenügende Datenlage abzubauen, ist unerklärlich, denn die technischen Möglichkeiten (Digitalisierung) sind in genügendem Maße vorhanden. Demnach kann die Meinung vertreten werden, die Politik will deshalb kein entsprechendes Datenmaterial, um in Folgewirkung auch nicht gezwungen zu werden, aktiv gegen ungerechtfertigte Ungleichheit vorgehen zu müssen. Ein weiterer Aspekt, mit fehlenden Daten leben zu wollen, ist auch darin zu sehen, als echte gesicherte Daten, insbesondere zu den Vermögenswerten, den Interessenlagen verschiedenster Marktakteure (zum Beispiel Verbände) widersprechen. Wie schon ein Sprichwort sagt: Im Dunkeln ist gut munkeln. Wie anders ist die Übermacht arbeitgeberorientierter bzw. finanzwirtschaftlich orientierter Lobby-Organisationen im Vergleich zu arbeitnehmerorientierten Lobby-Organisationen auf Bundes- bzw. Europa-Ebene zu erklären.

Als Einstieg, den Einfluss dieser Lobby-Organisationen zurückzudrängen, bietet es sich an, das sogenannte Ausleihen von Mitarbeitern der Konzerne an Regierungsbehörden einzustellen. Bei Beibehaltung der bisherigen Praxis ist nie auszuschließen, dass Rechtsnormen von denen entworfen (mit entworfen) werden, die reguliert werden sollen (Sprichwort: Den Bock nicht zum Gärtner machen).

Das Tax Justice Network hat 2020 die direkten und auch indirekten Steuervermeidungssummen (Unternehmensgewinn- und Privatvermögensverlagerung in Steueroasen) und Steuerfluchtsummen aus Daten der OECD ermittelt. Der weltweite direkte Steuerverlust wird mit 360 Mrd. Euro jährlich beziffert. Unter Hinzurechnung der Steuervermeidungen multinationaler Unternehmen stieg die Zahl sogar auf geschätzte 978 Mrd. Euro jährlich. Für Deutschland wurde ein jährlicher direkter Verlust von gut 29 Mrd. Euro bzw. einschl. der indirekten Verluste (Steuervermeidung multinationaler Unternehmen) von mehr als 90 Mrd. Euro. Interessant ist, dass die Daten für Deutschland aus den Angaben anderer Länder abgeleitet werden mussten, da Deutschland sich geweigert hatte, seine Daten öffentlich zu machen.<sup>4</sup>

Ein weiterer Aspekt liegt in dem Umstand, dass ohne entsprechende Besteuerung großer Unternehmen sowie einer verursachergerechten Besteuerung jeden Produktes die auf unsere Gesellschaft zukommenden Finanzmittel zur Bekämpfung des Klimawandels nicht aufgebracht werden können. Darüber hinaus ist der Beitrag im Sinne einer Klimazerstörung höher, je höher das Einkommen oder Vermögen einer Person ist. D.h. die Besteuerung muss sich zusätzlich unabhängig von der

---

<sup>4</sup> Was würde mehr Steuergerechtigkeit bringen, von Sven Giegold vom 20.11.2020

Unternehmensbesteuerung an den individuellen Einkommensverhältnissen orientieren und zum Beispiel Geringverdiener durch Steuerrückerstattungen oder andere Ausgleichsmaßnahmen entlasten.

Strukturwandel wird nur dann von der Bevölkerung akzeptiert, wenn er nicht zu schnell verläuft und gewährleistet ist, dass man rasch und auch in räumlicher Nähe einen neuen Arbeitsplatz bekommt, falls der eigene entfällt. Zusätzlich müssen die finanziellen Belastungen durch die teuer werdende Energie so verteilt werden, dass sich große, meist weniger wohlhabende Bevölkerungsgruppen nicht über den Tisch gezogen fühlen.

## Recht und Vermögen

Grundsätzlich besteht das Vermögen und damit auch das Kapitalvermögen immer aus zwei Komponenten: Einem Gut und dem dazugehörigen Rechtsgut. Kapital ist demnach kurz formuliert, eine rechtliche Qualität, die hilft, Vermögen zu schaffen und zu schützen.

Anwälte verrichten die meiste Arbeit im Namen ihrer Mandanten, und die Staaten stellen ihrerseits ihre eigenen Rechtssysteme als ein Menü zur Verfügung, von dem die privaten Parteien auswählen können. Im Ergebnis haben viele politische Gemeinwesen die Fähigkeit verloren, die Schaffung und Verteilung von Wohlstand zu kontrollieren. In diesem globalen Kampf geht es immer darum, wer den Gehalt und die Bedeutung von Eigentumsrechten bestimmen darf: Staaten oder private Parteien, die demokratische Öffentlichkeit oder die führenden Köpfe aus Industrie und Finanzwesen. Anwälte entwickeln das bestehende Recht weiter, indem sie sich der Macht der juristischen Argumentation bedienen, um entweder die Vergleichbarkeit der neuen Werkzeuge mit dem zu verteidigen, was die Gerichte bereits anerkannt haben oder für nichtig erklärt haben. Indem sie die bestehenden Grenzen der rechtlichen Vorschriften im Allgemeinen konstant infrage stellen und den Aufgabenbereich, z.B. über Analogien erweitern und sie somit auf immer neuere Güterarten ausweiten, verwandeln sie die Güter ihrer Mandanten in Kapital. Die Macht des Privatrechts bei der Generierung von Kapital zeigt sich auch in der Art und Weise, wie Verstöße gegen dieses Recht geahndet werden, denn das liegt in den Händen privater Parteien und nicht des Staates. Es gibt keine öffentliche Stelle, die gewöhnliche Vertragsverletzungen oder Verletzung von Eigentums- oder Aktionärsrechten überwacht. Der Staat greift mit seiner Polizei, seinen Staatsanwälten oder Regulierungsbehörden nur dann ein, wenn Verstöße die Schwelle zum Diebstahl, Betrug oder zur Unterschlagung überschreiten und selbst diese Grenzen werden permanent infrage gestellt. Die Opfer geringerer Übertretungen müssen das Recht selbst in die Hand nehmen und häufig auch die Kosten dafür tragen.

Beispielhaft für den Sieg des Vermögens über Staaten sind in den über 3000 bilateralen Investitionsschutzabkommen<sup>5</sup> zu sehen. Diese Investitionsschutzabkommen erlauben einem ausländischen Investor, eine Schadensersatzklage gegen den Gaststaat vor einem Schiedsgericht außerhalb seines Territoriums zu erheben. Vertragliche Verpflichtungen erhalten damit den Status von Eigentumsrechten und beschneiden die Befugnis der Staaten, diejenigen Ansprüche zu bestimmen, die sie als Eigentumsrechte anzuerkennen wünschen. Das Wiener Abkommen von 1969 legt zum Beispiel fest, dass sich Staaten gegenüber Investoren, die sich miteinander in Streitigkeiten befinden, nicht auf ihr innerstaatliches Recht berufen können, um die Nichterfüllung eines Vertrages zu rechtfertigen.

Am Beispiel der Patente ist erkennbar, dass wissensintensive Technologien eigentlich eine demokratische, aus kleinen Unternehmen bestehende Ökonomie begünstigen sollten. Aufgrund des Privateigentums am Wissen geben in der Weltwirtschaft faktisch jedoch zunehmend global operierende Großunternehmen den Ton an, deren Aktien auf den globalen Finanzmärkten gehandelt

---

<sup>5</sup> Der Code des Kapitals von Katharina Pistor

werden. Der rechtliche Code des Kapitals folgt also nicht den Regeln des Wettbewerbs; er operiert vielmehr gemäß der Logik von Macht und Privileg.

Im Zeitalter von Big Data und technologischem Fortschritt stellen Patente und, neuerdings verstärkt genutzt, Geschäftsgeheimnisse<sup>6</sup> nicht mehr einen hilfswisen Ersatz füreinander dar, sondern ergänzen sich, und das mit massiven, wettbewerbsausschließenden Konsequenzen. Im Gegensatz zu Patenten haben Geschäftsgeheimnisse kein Ablaufdatum und können daher ewig durchgesetzt und eingeklagt werden. Die Volksvertreter sehen nicht oder wollen nicht sehen, dass die zusätzlichen Vorteile, mit denen sie das Kapital überschütten, in erster Linie seinen individuellen Inhabern und nicht der Gesellschaft insgesamt dienlich sind. Unter diesen Bedingungen gibt es für die Inhaber von Vermögenswerten kaum einen Grund, mit dem Staat zu verhandeln. Alles, was sie brauchen, ist ein guter Anwalt, der die Fähigkeit beherrscht, ihre Güter als Kapital zu kodieren. Unter dem Strich hat sich das private Kapital immer wieder durchgesetzt, wenn auch nicht ohne periodische Erschütterungen, die die Gesetzgeber dazu gezwungen haben, das Spielfeld wieder ins Gleichgewicht zu bringen oder zumindest die Verluste abzumildern, denen weniger gut geschützte Personen ausgesetzt sind. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Anwälte des Kapitals von der Unbestimmtheit des Rechts, von der Privatautonomie, die die Rechtsmodule in den Händen cleverer Anwälte so formbar macht, und von der Tatsache profitiert, dass aggressive Rechtsvertreter in die Offensive gehen und Vorteile ausnutzen können. Unter diesen Bedingungen gibt es für die Inhaber von Vermögenswerten kaum einen Grund, mit dem Staat zu verhandeln, alles was sie brauchen, ist ein guter Anwalt.

Die gegenwärtig rechtlich konstruierte Weltordnung erlaubt es den Vermögensinhabern, die Vorzüge des Rechts- und Regulierungswettbewerbs voll auszuschöpfen, während sie natürliche Personen auf das Land ihrer Staatsangehörigkeit begrenzt. Juristische Personen können einfach um den Globus ziehen und ihre Eigentümer bereichern und die Kapitalinhaber können sich die Rechtsordnung suchen, die Ihnen den besten Schutz bietet. Die natürliche Folge eines solchen Systems ist dann zunehmende Ungleichheit und die Entrechtung der demokratischen Wählerschaft.

Denkbare staatliche Gegenstrategien sind:

- Sonderregelungen oder steuerliche Vorzugsbehandlungen abschaffen bzw. verweigern
- innerstaatliche Normen, die die rechtliche Mobilität (Besteuerung entsprechend dem Gründungsort oder Besteuerung entsprechend dem Sitzungsort der Gesellschaft) des Kapitals bzw. Vermögens erleichtern sind zurückzunehmen
- keine Anerkennung als juristische Person, wenn deren Zweck lediglich in der Steuervermeidung liegt (siehe Betriebsitze großer Unternehmen in Ländern mit geringeren Steuersätzen als in vergleichbaren Ländern innerhalb desselben Wirtschaftsraumes)
- Wiedereinführung einer alten Norm, welche besagt, dass spekulative Verträge nicht vor Gericht durchgesetzt werden können (siehe z.B. Derivatgeschäft im Rahmen des sog. Investmentbanking)

## Überstaatliche Normen

In finanz- und steuerrechtlichen Fragen wendet die EU nach wie vor die sogenannte Einstimmigkeitsregelung an. Dieser damit einhergehender Zwang, alle Mitglieder unter einen Hut zu bringen, erschwert die Verabschiedung europarechtlicher Normen extrem bzw. führt von vornherein zu einem Scheitern. Gleichzeitig führt dieser Zwang immer Kompromisse abzuschließen automatisch

---

<sup>6</sup> Siehe Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG)

zu einer Verwässerung ursprünglich vorgesehener Regularien. D.h. durch Änderung der EU-Verträge muss das Mehrheitsprinzip auch auf finanz- und steuerrechtliche Themen übertragen werden.

Es existiert eine Unzahl bilateraler und internationaler Verträge. Diese Verträge werden immer aus Sicht des Stärkeren formuliert und nehmen üblicherweise keine Rücksicht auf soziale Notwendigkeiten bzw. wirtschaftliche Gerechtigkeitsgesichtspunkte beim Vertragspartner. Um eine gerechtere Welt zu schaffen, sind alle entsprechenden Verträge zu überprüfen und bei sozialer, wirtschaftlicher oder rechtlicher Knebelung sofort zu kündigen.

Um außerstaatliche Streitigkeiten sowie Schadensersatzansprüche auszuschließen sind die bislang vorgesehenen und zugelassenen Schiedsgerichte zu verbieten. Dies gilt umso mehr, als diese nicht einer nationalen Gerichtsbarkeit und damit offenen rechtsstaatlichen Überprüfung unterworfen sind.

Um den Anforderungen der Zukunft entsprechen bzw. begegnen zu können ist eine europäische Transferunion unabdingbar, eine Realisierung im Rahmen bisheriger EU-Normen ist erschwert, weil, wie bereits erwähnt, das sogenannte Einstimmigkeitsprinzip in finanz- und steuerrechtlichen Fragen sinnvolle und schlagkräftige Lösungen verhindert. Insofern könnte ein Verbund der sogenannten Willigen (PEU) mit eigenen Rechtsnormen gegründet werden. In diesem Rahmen könnten nationalstaatliche Alleingänge verhindert und übernationalstaatliche Vorhaben realisiert werden. Piketty verweist in diesem Zusammenhang auf das Modell einer parlamentarischen europäischen Union, welche auch unabhängig bzw. zusätzlich zur bisherigen EU eingerichtet werden könnte. Eine erfolgreiche parlamentarische Union könnte eine wesentliche Vorbildfunktion erfüllen und letztlich zu einer Änderung des gesamten Gefüges einer echten politischen europäischen Union führen.

## Die unsichtbare Hand des Marktes

Das Argument der Selbstregelung des Marktes und damit der immer gerechten Geschäftsbeziehungen zwischen allen am Markt Beteiligten ist ein durch viele Studien bestätigtes Märchen. Vielmehr ist es so, dass ohne staatliches Eingreifen schwächere Marktteilnehmer, aber auch staatliche Institutionen übervorteilt werden. Dieses fehlende Eingreifen in den Markt bzw. in die Marktprozesse durch den Staat ist aufzugeben. Das Primat der Politik muss wieder stärker hervorgehoben und durch rechtliche Normsetzungen unterstützt werden. Dies gilt umso mehr, als es in den letzten drei Jahrzehnten nicht gelang, die positiven Effekte der Globalisierung gerecht und sozialverträglich zu verteilen. Insbesondere Großkonzerne zögern keinen Augenblick eigene Interessen durchzusetzen.

Wer auch bei Gütern von allgemeinem Interesse (öffentlichen Gütern) wie der Eindämmung des Klimawandels auf den Markt wartet, wartet bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, denn kaum jemand fragt alternative Energie nach, solange sie teurer oder als angeblich teurer als herkömmliche verkauft wird. Politisch lässt sich eine Energiewende in den meisten Demokratien nur durchsetzen und rechtfertigen, wenn man bereit wäre, die ärmeren Bevölkerungsschichten durch eine wirklich großzügige Sozialpolitik davor zu schützen, zu den Hauptleidtragenden einer solchen Strategie zu werden. Aufbauen, betreiben und steuern kann die Energiewende nur einer: der Staat. Folglich muss, wer ernst genommen werden will in der Diskussion um Klimaschutz und Energiewende, dafür eintreten, dass der Staat jetzt sofort die gesamte Stromversorgung an sich zieht und zunächst die personellen Kapazitäten dafür schafft, unter Berücksichtigung aller technischen und finanziellen Engpässe einen Energieplan zu entwerfen, den er dann in den nächsten beiden Jahrzehnten umsetzt. Von einer marktwirtschaftlichen Lösung zu träumen, ist absurd und endet in einer grandiosen Geld- und Zeitverschwendung.

Und nur dann, also nur, wenn der Staat jederzeit die Preise festlegt, gibt es auch private Investitionen, die in die richtige Richtung gehen. Wer in einer Marktwirtschaft Mengenziele erreichen will, und genau darum geht es bei der Einschränkung der Verbrennung von fossilen Rohstoffen, darf sich nicht davor scheuen, in die Preisbildung an diesem Markt einzugreifen. Für Unternehmen, die wissen, dass der Preis für fossile Energieträger auf Dauer real steigen wird (also stärker als der Durchschnitt aller

anderen Preise), ergeben sich enorme Gewinnchancen, wenn es ihnen gelingt, die fossilen Energieträger effizienter einzusetzen oder durch neue Produkte ganz zu ersetzen. Das ist ein Effekt, den man durch das Ordnungsrecht niemals in der Breite erzielen kann, wie bei Preiserhöhungen, zumal nicht auf der globalen Ebene, wo er wirklich gebraucht wird.

Ein Eingriff in die Preispolitik bleibt dem Staat und damit in letzter Konsequenz den politischen Parteien vorbehalten. Wer als eine politische Partei Verantwortung übernehmen will, darf die Wirtschaft dann aber nicht denen überlassen, die sich als Vollstrecker des Willens der großen Unternehmen verstehen<sup>7</sup>. Insofern stellt sich dann aber die Frage, ob die zurzeit großen deutschen Parteien noch als Sachverwalter einer sinnvollen Energie- und Klimapolitik anzusehen sind.

Die Verlagerung des Profitstrebens von der Real- zur Finanzwirtschaft ist ebenfalls Ausdruck der Anbetung des sogenannten freien Marktes. Die Folgen dieser negativen Entwicklung sind jedermann, zumindest seit der letzten Finanzkrise 2008, deutlich geworden. Auch wenn letzten Endes nicht der freie Markt, sondern die Gier und eine übersteigerte Risikobereitschaft Auslöser für die Finanzkrise war, so kann das Prinzip der freien Hand nicht weiter aufrechterhalten werden. Eingriffsmöglichkeiten bestünden zum Beispiel darin, als auf Finanzanlagen eine höhere Kapitalertragsteuer zu entrichten wäre als für Investitionen in die Realwirtschaft (erhöhte Abschreibungssätze).

Wohl mit das stärkste Eingriffsrecht könnte durch strikte Trennung zwischen Privat- bzw. Geschäftsbank und Investmentbanking erreicht werden, denn die Haftungsregelungen könnten und müssten dann jeweils unterschiedlich gestaltet werden.

In jeder sozial-freundlichen Literatur besteht Einigkeit darüber, dass ungesteuertes und unkontrolliertes Geschäftsgebaren in den Bereichen der Daseinsvorsorge (zum Beispiel Privatisierung der Krankenhäuser, der Wasserwirtschaften, der Bildung ab dem Kindertagesstättenalter) niemals zum Vorteil der Bürger, sondern dem Vorteil der Beratungs- und Rechtsanwaltsunternehmen, wie auch der späteren Betreiber dient. Eigentlich müsste dies jedem klar sein, denn gemeinwohlorientierte Unternehmen müssen lediglich kostendeckend arbeiten, privatorientierte Unternehmen müssen jedoch Gewinne für ihre Stakeholder erzielen. Und der Grundsatz hierbei lautet, je mehr Gewinn, je höher der Aktienkurs, je höher die Dividende. D.h. die frühere Gemeinwohlorientierung wurde der Profitmaximierung geopfert. Auch wenn eine Re-Privatisierung kostenintensiv ist, sollte diese vorgenommen werden.

Jeder Handel mit Aktien oder Anleihen stellt letztlich eine Wette bzw. Spekulation auf die Zukunft dar. Dieser Handel ist, soweit es sich um sogenannten Hochfrequenzhandel handelt, entweder zu verbieten oder mit einer Finanztransaktionssteuer zu belegen. Beim Hochfrequenzhandel werden minimale Preisdifferenzen ausgenutzt, um aufgrund der schier Masse solcher Aktionen, Spekulationsgewinne zu generieren. Eine Finanztransaktionssteuer für Handelsaktionen unterhalb einer zuvor festgelegten Haltedauer der Aktie könnte die minimale Preisdifferenz zunichtemachen. Solange eine Finanztransaktionssteuer auf internationaler Ebene nicht realisiert werden kann, müsste diese auf EU-Ebene bzw. sogar auf nationaler Ebene eingeführt werden. Darüber hinaus würde über eine Finanztransaktionssteuer eine erhebliche Steuer-Einnahmequelle erschlossen werden, die naturgemäß nur wohlhabendere Personen bzw. mit Finanztransaktionen arbeitende Unternehmen betraf. Diese zusätzliche Steuereinnahme könnte zum Beispiel zweckgebunden und für infrastrukturfördernde Maßnahmen verwendet werden.

Die Freiheit des Marktes wird betriebswirtschaftlich mit dem Begriff der Gewinnmaximierung übersetzt. Gleichzeitig bedeutet dies, dass ein Unternehmen ohne Gewinnmaximierung gegenüber seinen Konkurrenten Marktanteile verliert bzw. für Stakeholder uninteressant ist bzw. wird und finanzstarken Konkurrenten hilflos ausgeliefert ist.

---

<sup>7</sup> Der begrenzte Planet und die unbegrenzte Wirtschaft; Heiner Flassbeck

Eine der denkbaren Möglichkeiten, dem Streben nach Gewinnmaximierung zu begegnen, könnte zum Beispiel in der Einführung einer gesetzlich festgelegten Obergrenze der Vergütungen der Führungskräfte liegen (zum Beispiel maximal das dreißigfache Einkommen des durchschnittlichen Facharbeiterlohnes im Unternehmen). Weitere Eingriffe in das Marktgeschehen sind denkbar, zum Beispiel das Verbot von Unternehmensspenden an Parteien oder die Einführung eines transparenten Lobbyregisters. Auch eine Verpflichtung bei der Produktpreisermittlung alle Herstellungsstufen mit zu berücksichtigen, bildet ein geeignetes Instrumentarium, um zu gerechteren Preisen zu gelangen (zum Beispiel verursachergerechte Hinzurechnung der Entstehungskosten, wie auch Folgekosten aufgrund eingesetzter und verbrauchter Ressourcen). Die Abkehr vom Gewinnmaximierungsprinzip ist durch Anpassung bzw. Änderung der Studieninhalte für angehende Betriebs- bzw. Volkswirte zu flankieren.

Ein weiteres Moment, Eingriffe in den Markt, wie auch in die Einkommensstrukturen innerhalb der Unternehmen vorzunehmen, ist in der Erhöhung der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer zu sehen. Hierfür stehen zwei grundsätzliche Methoden bereit: Einerseits die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung und andererseits die Ausweitung bzw. Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

## Wer zahlt, schafft an

Ein Großteil der im täglichen Leben, wie auch im geschäftlichen Leben genutzten Produkte und Systeme fußt auf staatlich finanzierter Grundlagenforschung. Die Umsetzung und Verbreitung hierauf aufbauender Produkte und Systeme wird in der Mehrzahl der Fälle privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen mit ihrem Prinzip der Gewinnmaximierung überlassen.

Dieses System ist insofern zu reformieren, als der privatwirtschaftlich generierte Mehrwert durch Abgaben an den Staat wieder auszugleichen ist. Tatsächlich steckt im iPhone nicht eine einzige Technologie, die nicht staatlich finanziert wurde. Besonders deutlich wird diese Forderung im Rahmen der Finanzierung der Grundlagenforschung zu Impfstoffen im Rahmen der Corona-Pandemie. Absolut nicht nachvollziehbar ist, dass hierbei viele Millionen der Pharmaindustrie zur Verfügung gestellt werden, die Aktienwerte steigen, jedoch keine öffentlich nachvollziehbare spätere Abschöpfung der Gewinne bzw. Mehrwerte stattfindet. Unbegreiflich ist in besonderem Maße das Verhalten des Staates als Geldgeber, denn Finanzwerte werden den Firmen zur Verfügung gestellt, die Öffentlichkeit erhält jedoch unter Verweis auf „Betriebsgeheimnisse“ keine Kenntnis über möglicherweise damit verbundene Auflagen.<sup>8</sup>

Der Druck der Klimaveränderung ist enorm und zu seiner Bekämpfung sind unvorstellbar hohe Summen bereitzustellen. Als Möglichkeit zu dessen Finanzierung bietet sich die sog. Unendliche Anleihe an. D.h. die EZB oder ein Konsortium mehrerer Länder nimmt Staatsanleihen auf und reicht diese Finanzmittel als zweckgebundene Mittel entsprechend zuvor festgelegten Projekten aus. Die beteiligten Staaten oder Unternehmen sind nur verpflichtet, die laufenden Zinszahlungen zu übernehmen, nicht jedoch deren Tilgungsanteile. Nach einer gewissen Zeitspanne, z.B. nach 20 Jahren hätte die EZB oder ein für solche Zwecke gegründetes Konsortium die Möglichkeit, die Schuldtitel aus den Büchern zu streichen. Effekt wäre die Schaffung von Vermögenswerten ohne wesentliche Belastung der Beteiligten und die Multiplikationseffekte solch investierter Gelder ist mit Sicherheit höher als der Wert 1. D.h. ein eingesetzter Euro brächte einen höheren Mehrwert als einen Euro und könnte einen erheblichen beschäftigungspolitischen und infrastrukturpolitischen Wachstumsschub auslösen.

---

<sup>8</sup> <https://lostineu.eu/streit-um-eu-milliarden-fuer-impfstoffe-eskaliert/>

## Unabhängigkeit der Medien, Parteien und der Wissenschaft

Alle Medien, welche mit der Verbreitung von Informationen einschließlich Meinungen befasst sind, müssen von ihren betriebswirtschaftlich erzielten Umsätzen leben. Aufgrund ihrer finanziellen Abhängigkeit von Auftraggebern, insbesondere den Werbeeinnahmen, ist nicht von einer wirklich unabhängigen Informationsübermittlung auszugehen. Diskutiert wird hierzu das Modell einer staatlichen Grundfinanzierung von Medienunternehmen, ähnlich dem Modell der GEZ. Durch Loslösung dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit würde dem Prinzip der Pressefreiheit (Art. 5 Grundgesetz) nicht nur stärker entsprochen, sondern könnten Interessenkonflikte vermieden werden.

Ähnliche Bedenken gelten auch im Hinblick auf die politischen Parteien, denn diese sind daran interessiert Parteispenden zu erhalten und von daher ist in logischer Konsequenz davon auszugehen, dass sie den Interessenlagen ihrer Geldgeber nicht bzw. nur zumindest ungerne widersprechen. Eine Untersuchung von Lea Elsässer (2018) hat ergeben, dass im untersuchten Zeitraum von 1980 bis 2013 politische Entscheidungen auf der Bundesebene insbesondere den Interessen der oberen Berufs- und Einkommensgruppen dienen, während politische Anliegen von ärmeren Bevölkerungsgruppen keinen systematischen Einfluss ausgeübt haben<sup>9</sup>.

Durch den Rückzug des Staates in Form reduzierter bzw. nicht adäquate Forschungsgelder in der Wissenschaft wird der Druck auf Hochschulen verstärkt, sich um ausreichende Drittmittel zu kümmern. Die Freiheit von Wissenschaft und Lehre ist, zumindest indirekt, bedroht.

In Fragen der Beurteilung des Begriffes „Gerechtigkeit“ sind unterschiedlichste Wissenschaftsbereiche, wie zum Beispiel Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Soziologie, Psychologie und IT tangiert, denn sie sind in der Lage entsprechende Studienergebnisse zu liefern. Um möglichst viele Facetten in diesen Fragen der „Gerechtigkeit“ abbilden und darstellen zu können, sollten entsprechende Studien interdisziplinär durchgeführt werden. Auch sollte die Vielfalt wirtschaftswissenschaftlicher Richtungen stärker in den Medien zum Ausdruck gebracht werden. Die Studie „Streitfall Vermögenssteuer: Defizite in der Medienberichterstattung“<sup>10</sup> zeigte auf, dass eine vielfältige Darstellung in den Medien eher nicht gegeben ist.

---

<sup>9</sup> Zur politischen Ökonomie der Ungleichheit vom 13.11.2020 aus Blickpunkt WiSo

<sup>10</sup> Wer die Berichterstattung zur Vermögenssteuer dominiert von makronom.de

## Digitalisierung

Im Verlaufe der letzten Jahrzehnte haben Instrumente der Digitalisierung in alle Lebensbereiche Einzug gehalten und Computer und Neoliberalismus sind eine symbiotische Verbindung eingegangen. Die Grundproblematik bei der Digitalisierung liegt in ihrer programmtechnischen Intransparenz und gewachsenen Komplexität. Aufgrund ihrer ständigen und sofortigen Verfügbarkeit werden digitale Berechnungsergebnisse gegenüber menschlichen Entscheidungsergebnissen vorgezogen. Insofern besteht die Gefahr, dass die Verantwortung auf die Maschine verlagert wird und menschliche Entscheidungen aufgrund ihrer längeren Zeitdauer immer weniger berücksichtigt werden. Auch ist die Gefahr gegeben, dass individuelle Entscheidungsprozesse im Laufe der Zeit immer mehr verlernt werden.

Für Unternehmen stellt die Digitalisierung ein wunderbares Instrument dar, den Maximen einer Profitmaximierung nachzukommen. Nicht mehr langfristige Entwicklungspfade sind vordergründiges Ziel des Managements, sondern kurzfristiges Handeln im Sinne der Stakeholder. Man denke hier nur zum Beispiel an die Verpflichtung zur Vorlage der Quartalsberichte von Aktiengesellschaften oder Facharbeiterpositionen werden mit Angelernten besetzt, die von Assistenzsystemen angeleitet werden. Hinzu kommt, dass es durch die Digitalisierung noch einfacher möglich wird Bereiche auszulagern und Beschäftigte gegeneinander auszuspielen.

Die Digitalisierung erlaubt Individuen jederzeit auf Nachrichten zuzugreifen. Kognitiv nimmt die Faktengläubigkeit durch oberflächlichen Nachrichtenkonsum zu, die Fähigkeit zur Unterscheidung von Meinungen jedoch ab<sup>11</sup>. Wir erschöpfen uns in der Entgegennahme von Daten, Fakten und Ängsten über die Gegenwart.

Hauptproblem der Digitalisierung ist die Internetwirtschaft und damit die Plattformwirtschaft. Die Möglichkeiten der Skalierung sind bei solchen Unternehmen extrem gegeben und die Kosten sinken gegen null. Diese Dynamiken sind mit ein Grund dafür, dass viele dieser Unternehmen ihre Dienstleistungen sehr günstig oder sogar kostenlos anbieten. So können sie jene Monopole aufbauen, die später als privatisierte Infrastruktur für das Funktionieren der Gesellschaft in allen Bereichen unabdingbar werden. Ein zweites Plattformunternehmen mit gleichem oder ähnlichem Ansatz hat schon nach relativ kurzer Zeit keine Chance mehr auf dem Markt aktiv zu werden bzw. wird von den großen Plattformbetreibern aufgekauft.

Insbesondere die großen Plattformbetreiber sind weniger Technologie- als Social-Media- bzw. Werbekonzerne. Solche Konzerne konzentrieren das Vermögen in wenige Unternehmen, schaffen immense Ungleichheiten und irgendwann innovativen Stillstand. Nicht auszuschließen ist, dass wir künftig die meisten Produkte unseres Alltags nur noch über Plattformen einkaufen können. Die Folge ist eine Verarmung von Sozialkontakten, eine erhebliche ökologische Belastung, und wir werden bei jedem Kauf Datenwolken hinterlassen.

Diese Datenströme, die von internetfähigen Geräten ausgelöst werden, verbrauchen inzwischen jährlich rund 10 % des weltweit erzeugten Stroms. Eine CO<sub>2</sub>-Steuer mit verursachergerechten Steuersätzen sollte erhoben und auch auf Plattformunternehmen übertragen werden.

Die beliebten Plattformmodelle treiben auf der einen Seite den Niedriglohnsektor an, auf der anderen Seite kumulieren Sie die Kapitaleinkünfte in den Händen weniger Personen. Den Interessen anderer Stakeholder, beispielsweise der Mitarbeiter oder des Staates in der sich die Unternehmen niederlassen, wird in der Digitalgesellschaft kaum Beachtung geschenkt. Ein erster Ansatz könnte zum Beispiel sein, den Verkauf privater Nutzerdaten durch digitale Dienstleister gesetzlich zu verbieten und die bestehende Datenschutz Grundverordnung hinsichtlich ihres Grundprinzips umzukehren.

---

<sup>11</sup> Siehe „Die Anbetung“ – Über eine Superideologie namens Digitalisierung – von Dr. Marie-Luise Wolff

Vorausgesetzt werden könnte die generelle Nichtspeicherung von Daten und einer Speicherung müsste durch eine explizite Genehmigung von Seiten der Nutzer vorab zugestimmt werden<sup>12</sup>.

Demgegenüber ist feststellen, dass sich kein einziges Gut der Daseinsvorsorge rein digital übertragen lässt. Kinder brauchen Lehrer, Kranke brauchen Pfleger, der Umbau einer Gesellschaft hin zu CO2-freier Mobilität, Stromerzeugung, Heizung und Stahlproduktion oder Produktion vollzieht sich nicht durch Roboter. Alle wesentlichen Handwerke sind in weiten Teilen nicht digitalisierbar.

Bislang besteht die Gefahr, dass die durch Digitalisierung mögliche Abschaffung der mühseligen Arbeit und Reduzierung der Arbeitszeit nicht zur Verkürzung der täglichen Arbeitszeit verwendet wird, sondern zur Reduzierung der Arbeitskräfte. Andererseits besteht die Gefahr, dass Staaten bzw. private Unternehmen immer mehr Daten über den einzelnen Bürger sammeln und auswerten.<sup>13</sup> Hier wäre zum Beispiel das Konzept ID2020 zu nennen. ID2020 (Zusammenschluss verschiedener Unternehmen und Staaten) plant, ergänzend zu staatlichen Systemen, eine transnationale digitale Identität. Hier sollen alle Informationen über den Einzelnen zusammenfließen: Ausbildungs- und Impfnachweise, Finanzstatus; Accounts bei Facebook, vom Smartphone produzierte Daten und weitere. Wer dabei mitmacht, stellt biometrische Daten und persönliche Informationen wie die Geschichte seiner Auslandsreisen und Kreditkartennutzung zur Verfügung. Staatlicher Widerstand ist nicht zu erwarten, denn die meisten Regierungen gieren nach Daten und deren Interessen sind zu unterschiedlich. Tatsächlich wird auch hier dann wohl der Markt vollendete Tatsachen schaffen.<sup>14</sup>

Das Rad der technischen Entwicklung und insbesondere der Digitalisierung ist nicht mehr aufzuhalten. Neben den gesellschaftlich negativen Risiken sind die positiven Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft als Ganzes hervorzuheben. Nur unter Einsatz unterschiedlichster digitaler Techniken können zukunftsorientierte Lösungen entwickelt und zum Vorteil der Gesellschaft umgesetzt werden. Einfach formuliert: "Ohne gesichertes, digital existierendes Datenmaterial können keine sinnvollen und nachvollziehbaren Entscheidungen mehr getroffen werden". Alle Bereiche der Daseinsvorsorge sind, um den Aspekt der Digitalisierung zu erweitern, d.h. Digitalisierung hat den Aspekten der Daseinsvorsorge zu dienen und hieraus abzuleitende Voraussetzungen sind zu beschreiben wie auch rechtlich abzusichern. Im Hinblick darauf, dass nationalstaatliche Systeme wenig Sinn machen, sind hierbei zumindest europaweite Lösungen und rechtliche Strukturen zu etablieren.

Realisiert werden könnte dies durch die EU, zum Beispiel durch:

- Entwicklung einer eigenen und unabhängigen Suchmaschine<sup>15</sup> ohne Anbindung an Plattformbetreiber und Werbepartner
- Entwicklung eines eigenen und unabhängigen Webbrowsers ohne Anbindung an Plattformbetreiber, Werbepartner und andere Betriebe, welche das Internetverhalten der Nutzer auswerten bzw. verfolgen<sup>16</sup>
- Entwicklung, Aufbau und Betrieb europaweiter Netzwerkstrukturen mit europäischen Unternehmen<sup>17</sup>

---

<sup>12</sup> Siehe „Die Anbetung“ – Über eine Superideologie namens Digitalisierung – von Dr. Marie-Luise Wolff

<sup>13</sup> <https://www.heise.de/hintergrund/Missing-Link-Telematische-Infrastruktur-die-abgespahrnte-Seite-des-Systems-4931569.html?seite=all>

<sup>14</sup> Digitale Identität – Die Blockchain weiss alles – kommt die totale Überwachung?

<https://www.srf.ch/kultur/gesellschaft-religion/digitale-identitaet-die-blockchain-weiss-alles-kommt-die-totale-ueberwachung>

<sup>15</sup> siehe z.B. Suchmaschine [www.metager.de](http://www.metager.de)

<sup>16</sup> z.B. [www.ecosia.org](http://www.ecosia.org)

<sup>17</sup> z.B. Ericsson u.a.

- Entwicklung, Aufbau und Betrieb europaweiter Datenbanken<sup>18</sup>.

Digitalisierung macht also Sinn, sollte jedoch auf die Bereiche begrenzt werden in welchen übergeordnete staatliche bzw. privatwirtschaftliche Ziele, wie zum Beispiel Entwicklung und Forschung, KI-Einsatz in der Medizin oder in Belangen einer Steuerermittlung bzw. Steuererhebung tangiert werden. Also für eine Welt, die echte Umbauleistungen benötigt, den Klimawandel bekämpft, für eine dezentrale Realwirtschaft und die für eine ordentliche Bezahlung der Beschäftigten sorgt.

Eine effektive KI ist nur dann zu erwarten, soweit auf riesige Datenmengen zurückgegriffen werden kann. Aufgrund der zwischenzeitlich erreichten schnellen Prozessgeschwindigkeiten und der immensen Datenmengen, kann die KI nur mehr intuitiv erfasst werden, und zwar deshalb weil die KI nicht mehr in Form von nachvollziehbaren Algorithmen arbeitet sondern ähnlich einem neuronalen Netzwerk. Die KI kann demzufolge Probleme lösen und Lösungsvorschläge liefern, mit denen wir nicht gerechnet haben, und zwar auf eine Art und Weise, die uns nicht vollständig verständlich ist.

Sollten wir uns in unserer Lebensführung also allzu sehr auf die KI-Technologie stützen, dann wird, wer auch immer ihr Eigentümer ist, möglicherweise über die Mittel zur vollständigen Kontrolle einer ihm hilflos ausgelieferten und passiven Bevölkerung verfügen.

---

<sup>18</sup> z.B. <https://ec.europa.eu/eurostat/de/home>